

Marisol Dalmazzo Peillard

### **Finanzierung und Bereitstellung von Mitteln für den Erwerb von Wohnungen für Frauen als Haushaltsvorstände in Kolumbien**

Diesem Text liegen folgende Anliegen zugrunde: Er soll Angestellte öffentlicher Stellen sensibilisieren, die Bedingungen und Schwierigkeiten besser zu verstehen, denen Frauen ärmerer Bevölkerungsschichten beim Versuch Wohnungen zu erwerben und Kredite zu erhalten ausgesetzt sind. Es sollen Strategien entwickelt und Mechanismen aufgezeigt werden, Kredite zu erlangen und Unterstützung zu beziehen, die es ärmeren weiblichen Haushaltsvorständen ermöglichen, eine menschenwürdige Wohnung zu erwerben.

In diesem Beitrag geht es darum, Klarheit über die größten Hindernisse zu schaffen, denen mittellose Frauen, vor allem alleinerziehende, bei ihrem Bestreben nach Erwerb und Besitz einer menschenwürdigen Wohnung ausgesetzt sind. Damit soll erreicht werden, dass sowohl im öffentlichen wie im privaten Sektor angemessene Strategien entwickelt werden, ihre Einkommenssituation so zu verbessern, dass im Sinne der Aufhebung von Ungleichheit den verschiedenen sozialen Gruppen der Zugang zu Wohneigentum garantiert werden kann.

#### *Warum Frauen?*

Die Reflexion über Stadt im Sinne von Gleichheit und Demokratie zwingt dazu, von einer unterschiedlichen Gewichtung der Rolle von Frauen und Männern sowohl in der urbanen Politik als auch in sozialen Zusammenhängen und ihrer Dynamik auszugehen. Diese Unterschiede gründen sich in der weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Rollenteilung von Männern und Frauen, in den charakteristischen Abläufen von öffentlichen Bauvorhaben in den Städten und den Veränderungen, denen die Kleinfamilie unterworfen ist. Letztere führten u.a. dazu, dass landesweit 26% der Haushalte von Frauen allein geführt werden, in Bogotá sogar 34%.

Eine geschlechtsspezifische Sichtweise bei der Einschätzung politischer und sozialer Entscheidungen einzunehmen, bedeutet jedoch nicht, dass die Projekte sich nur auf Frauen beziehen sollten, vielmehr müssen unterschiedliche Schwerpunkte und Bedingungen wahrgenommen werden, die eine Gleichstellung von Frauen und Männern verhindern, damit Inhalte und Handlungsweisen danach ausgerichtet werden.

Es ist eine Tatsache, die bisher noch nicht genügend ins Bewusstsein gedrungen ist, dass es hauptsächlich Frauen sind, die nach Lösungen

bei Wohnungsproblemen suchen, die sich um Verbesserungen der Lebensbedingungen im Wohnviertel bemühen und zielstrebig versuchen, ihre Pläne zu verwirklichen. Zu diesem Zweck engagieren sie sich in kommunalen Organisationen, gründen Gesundheitskomitees und Kindertagesstätten. Und sie legen Hand an, selbst Häuser zu bauen, weil sie in erster Linie die Benutzerinnen sind.

Die Wohnung hat für Frauen eine besondere Bedeutung. Sie ist Schutzraum, gibt Sicherheit und emotionalen Rückhalt. Sie ist der Ort des Zusammenkommens der Familie und der häuslichen Tätigkeiten zu ihrem Erhalt. Hier werden Strategien entwickelt die Grundbedürfnisse zu befriedigen, zu sparen und mit den geringen Einkünfte der Familie das Überleben zu sichern. Von diesem Ausgangspunkt aus verringern die Frauen mit persönlicher Anstrengung die Auswirkungen des Mangels an öffentlichen und sozialen Diensten in den Stadtvierteln.

Kredite zu erhalten ist jedoch für sie sehr schwierig, besonders wenn sie allein dem Haushalt vorstehen. Dies liegt auch daran, dass sie mehr Aufgaben als Männer bewältigen müssen. Bei vollem Arbeitstag sind ihre Einkünfte niedriger als bei Männern, außerdem arbeiten sie zu einem hohen Prozentsatz im informellen Sektor mit geringem Einkommen.

Einer Studie des Nationalinstituts zur Untersuchung des Bauwesens zufolge liegen bei 44% der kolumbianischen Bevölkerung und bei 64% der Bevölkerung von Bogotá die Einkünfte unterhalb des doppelten Mindesteinkommens<sup>1</sup>. Weibliche Haushaltsvorstände gibt es in mehr als 25% der armen Familien, wobei die Einkommen der Frauen um 35% niedriger als die der Männer sind. 1997 lag das durchschnittliche Einkommen bei männlichen Haushaltsvorständen bei 389.222 Pesos, bei weiblichen bei 296.148 Pesos. Die Daten des staatlichen Statistikamtes prognostizierten für Ende des Jahres 2000 eine Arbeitslosenrate von 17,1% bei Männern und 24,2% bei Frauen, im Vergleich dazu betrug diese im Jahr 1994 6,8% bei Männern und 14% bei Frauen. Inzwischen sind 50% der Bevölkerung im informellen Sektor tätig. Davon wiederum 61% Frauen, von denen 40% zu den Armen ohne geregelte Einkünfte gehören.

Was qualitative Mängel bei Wohnungen anbelangt, so sind davon zwei Millionen Haushalte betroffen. Damit sind sowohl die schlechte Bauweise, als auch Mängel bzw. völliges Fehlen von sozialer Infrastruktur

<sup>1</sup> In Kolumbien wird staatlicherseits ein Mindesteinkommen festgesetzt, das ArbeiterInnen bei Anstellungen z.B. in Haushalten oder bei einfachen Hilfsarbeiten mindestens erhalten sollen.

wie sozialen Einrichtungen oder öffentlichen Verkehrsmitteln gemeint. Solche Defizite wirken sich unmittelbar auf die Tätigkeiten der Frauen aus und führen zuweilen zu häuslicher Gewalt.

Von Frauen werden mehr Garantien bei der Vergabe von Krediten als von Männern verlangt, aufgrund der Einschätzung über den Wert der Kleinfamilie. Mit der Formel Mann als Versorger und Frau mit reproduktiven Aufgaben innerhalb der Familie wird der Dynamik in der Veränderung der Familienstrukturen in keiner Weise Rechnung getragen. Damit werden auch die Auswirkungen von politischen und ökonomischen Entwicklungen verleugnet, die Verelendung von Frauen und Verunsicherung von Männern auf dem Arbeitssektor aufgrund wachsender ländlicher und städtischer Gewalt verursachen, was wiederum zur Positionierung von Frauen zu Haushaltsvorständen führt.

Das Anwachsen der militärischen Gewalt in ländlichen Gebieten Kolumbiens hat zu einer verstärkten Migration nach Bogotá und in andere wichtige Städte geführt. Ein hoher Prozentsatz der Flüchtlinge sind Frauen, die in die Slums und in die heruntergekommenen Viertel der Innenstädte ziehen. Im Sinne der Gleichstellung und zur Überwindung von Missständen ist es daher von größter Bedeutung die Beschränkungen, denen die Menschen mit geringem Einkommen ausgesetzt sind, zu beheben und vor allem den Frauen Kredite zu ermöglichen.

Auf den Weltgipfelkonferenzen wurden Abkommen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen geschlossen, um die Hindernisse, die der vollen Gleichbehandlung im Wege stehen, zu überwinden. Die Einlösung des Anspruchs auf eine Wohnung ist ein fundamentales Recht.

#### *Das Recht auf eine Wohnung*

Eine Wohnung ist das Kostspieligste, was eine Familie erwerben kann und sie bedeutet ein Grundrecht, um in angemessenen Lebensbedingungen zu leben. In Art.51 der Verfassung aus dem Jahr 1991 verpflichtet sich der Staat, den Kolumbianern menschenwürdige Wohnbedingungen zu ermöglichen und erkennt damit das Recht auf eine Wohnung als ein Grundrecht an. Um angemessene Wohnverhältnisse als integralen Bestandteil sinnvoller Stadtplanung zu schaffen - Zugriff auf Baugrund in erreichbaren Gebieten, Anbindung an das Verkehrsnetz und das öffentliche Transportwesen, Zugang zu Baumaterial, technische Beratung, Sparguthaben, finanzielle Unterstützung und Kredite - bedarf es der Koordination zwischen verschiedenen Sektoren: Dem Staat, den Familien, dem privaten Sektor und sozialen Einrichtungen.



Die größten Hindernisse bei der Finanzierung und Unterstützung von Bauvorhaben in Kolumbien sind der Mangel an Koordination auf lokaler Ebene, die geringe staatliche Beteiligung und die Inkompetenz der Handlungsträger. Außerdem besteht Unkenntnis über die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die sich verändernden Familienstrukturen und geschlechtsspezifische Erfordernisse für die Stadtplanung.

Angesichts der bestehenden gravierenden Behinderungen, den Bedarf an Wohnungen der ärmsten Familien zu decken, werden in den größten kolumbianischen Städten rund 70% aller Neubauten durch eigene Anstrengung in Form von illegalem „wildem“ Bauen errichtet. Sie liegen in den Randbezirken ohne Infrastruktur, manche sogar in tektonisch gefährdeten Regionen. Die schlimmsten Mängel versuchen die Frauen selbst zu beheben, um die Quartiere bewohnbar zu machen. Sie kümmern sich um Verkehrsmittel, Kindertagesstätten, ärztliche Dienste und Schulen.

Die offizielle Wohnungsbaupolitik begründet die Verweigerung der Vergabe von Krediten, als eine Maßnahme, illegales Bauen zu verhindern. Eine Untersuchung von CASEN<sup>1</sup> kam zu dem Schluss, dass der Wohnungsmangel in den Städten ca. 1.945.000 Familien betrifft, in ländlichen Gebieten 1.632.000, wobei sich die größte Zahl in den Städten konzentriert, wo eine Wohnung inzwischen von mehreren Familien bewohnt wird.

Diese Situation führt zu weiteren Problemen: Umweltverschmutzung, schlechte Straßenverhältnisse und fehlende Beleuchtung, kein fließendes Wasser, Bedrohung durch Naturkatastrophen. Von solchen Bedingungen sind 40% der Haushalte in den Städten betroffen.

#### *Kritische Betrachtungen über die Finanzierungspolitik von Wohnungen in Kolumbien*

Auch wenn durchaus anerkannt wird, dass Unterstützung bei der Wohnungsbeschaffung eine adäquate Maßnahme für Gleichstellung und Umverteilung der Einkünfte des Landes ist, gibt es eine Reihe von Gründen, die verhindern, dass Teile der ärmsten Bevölkerung und besonders der Frauen Zugang zu Mitteln des Wohnungsbaus wie Krediten und Subventionen bekommen. Die Subventionen beim Erwerb einer Wohnung decken höchstens 20% des Wertes, dazu benötigt die Familie noch einen Kredit von 60% bis 70% des Wohnungswertes und müsste mindestens 10% als Anzahlung aufbringen. Der größte Prozentsatz der Bevölkerung hat wegen der niedrigen Einkommen und der Arbeit im informellen Sektor keinen Zugang zu Fi-

<sup>1</sup> Staatliche Behörde zur Planung und sozialen Unterstützung.

nanzierungssystemen über einen längeren Zeitraum. Banken verlangen für ihre Kredite Garantien wie den Nachweis fester Einkommen und Zahlungsmöglichkeiten gemäß den Vereinbarungen der Ratenzahlung.

Seit dem Jahr 2000 konnten die Raten gesenkt werden, was Familien mit einem 2,5fachen Mindesteinkommen ermöglicht, innerhalb des informellen Sektors eine Wohnung im Wert von 8.000 Pesos zu erwerben. Im informellen Sektor sind jedoch Zuwendungen durch Bankkredite nicht möglich, deshalb müsste bei nationalen und lokalen Einrichtungen dieser Sektor auf lange Sicht einbezogen werden.

Zudem befindet sich Kolumbien in den letzten Jahren in einer akuten Wirtschaftskrise, gekennzeichnet durch Korruption und die anwachsende bewaffnete Gewalt, von der sich das Land bis jetzt nicht erholt hat. Die Krise wirkte sich finanziell durch Sperrung von Krediten insbesondere im Bereich des sozialen Wohnens aus. Dies hat zu einem Stillstand im Bauwesen geführt. Ebenso gingen die Investitionen in öffentliche Bauten stetig zurück.

Seitens der Bevölkerung bestand großes Misstrauen gegenüber den Finanzierungssystemen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Familien der Mittelschicht Wohnungen verloren, weil sie nicht in der Lage waren, die Schuldzinsen zu zahlen. Die Zahl zurückgeforderter Wohnungen beläuft sich auf 10.000.

Das Subventionsprogramm zur Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen folgt einem richtigen Ansatz, indem es versucht, die Belastungen der Frauen in armen Stadtvierteln zu verringern. Aber das Maß der Unterstützung ist nicht ausreichend angesichts der Kosten für die notwendigen Verbesserungen. Zusätzliche eigene Ersparnisse sowie Kredite sind nötig. Die erforderlichen Investitionen im öffentlichen Nahverkehr und der sozialen Einrichtungen dürfen nicht der direkten Verantwortung der Kommunen entzogen werden. Denn es wäre eine Verschwendung, Subventionen für Infrastrukturmaßnahmen zu verwenden, die von den Kommunen garantiert werden müssen. Angesichts des großen Bedarfs erscheinen die Mittel von „Inurbane“<sup>1</sup> und der „Red de Solidaridad“<sup>2</sup> zu niedrig. Es gibt lange Wartelisten, wobei vorrangig Notfälle in Folge von Naturkatastrophen behandelt werden.

<sup>1</sup> Instituto Nacional de vivienda de interés social y reforma urbana: Nationalinstitut für sozialen Wohnungsbau und Stadtreform

<sup>2</sup> Solidaritätsnetz: Nationale Institution der letzten Regierung zur Durchführung von Programmen, Familien mit geringem Einkommen und andere gefährdete Gruppen der Bevölkerung zu unterstützen



### *Erwerb von Grundstücken und soziale Dienstleistungen*

Die Situation wird durch die geringe Möglichkeit Grundstücke in Gebieten zu erwerben, die an soziale Einrichtungen angeschlossen sind, noch verschlimmert. Damit wird die Finanzierungspolitik für Wohnungen wirkungslos. Das Gesetz 9a der Stadtreform war nicht durchführbar, da keine Grundstücke für Sozialbauten erworben werden konnten. Außerdem erfolgte keine Stadtplanung und es wurde nicht in soziale Dienstleistungen investiert, die sich an Notwendigkeiten oder an Kriterien der Stadterhaltung orientierten. Es bleibt zu hoffen, dass das neue Gesetz 388 diese Hindernisse überwindet.

In diesem Zusammenhang erscheint die Stadtplanung des gegenwärtigen Bürgermeisters von Bogotá wie ein Hoffnungsschimmer, der eine Einrichtung „Metrovivienda“ ins Leben gerufen hat, um den Erwerb von 20.000 Wohnungen für die ärmsten Schichten der Bevölkerung zu erleichtern. Dies wird begünstigt durch Formen der privaten Teilhabe wie den Erwerb großer Gebiete, auf denen der Distrikt die Finanzierung der Infrastruktur ermöglicht. Private Bauträger bauen Wohnungen und kümmern sich um Kredite, wobei sie sich nach den Zahlungsmöglichkeiten der Familien richten. Dieses Angebot erweist sich als bedeutende Verbesserung den Wohnungsmangel zu beheben. Wenn es jedoch keine Aussicht darauf gibt, den Zugang zum Eigenwerb durch weibliche Haushaltsvorstände zu ermöglichen, wird es weiterhin schwierig sein, diese als kreditwürdig anzuerkennen. Es wird von Interesse sein, demnächst die Ergebnisse des Projekts auszuwerten, da mit dem Bau der ersten 5.000 Wohnungen gerade begonnen wurde.

### *Das Angebot 'legaler' Wohnungen*

Im Gegensatz zu Aussagen der Politiker beteiligen sich nur wenige Bauunternehmen an Bauvorhaben mit sozialer Ausrichtung. Der Mangel an Angeboten zeigt sich vor allem im Fall von Bogotá, wo nicht mehr als 5% des Bedarfs gedeckt sind. Die Folge ist das Entstehen von Stadtvierteln in den Randbezirken unter sich verschlimmernden Bedingungen, in Gebieten ohne Infrastruktur, hochwassergefährdeten Gebieten oder anderen Risikozonen. Familien haben die Behausungen in jahrelanger Arbeit mühevoll unter besonderer Beteiligung der Frauen ohne die geringste staatliche oder private Unterstützung aufgebaut. Der Staat und die Gemeinden sollten es sich zur Aufgabe machen, diese Lücke zu schließen, um die Probleme der ärmsten Bevölkerungsgruppen zu lösen. Hier müsste auch erkannt werden, welche bedeutende Rolle die Nichtregierungsorganisationen dabei spielen, mit denen zusammen konzertierte Aktionen durchgeführt

mit denen zusammen konzertierte Aktionen durchgeführt werden sollten.

Die Programme zur Verbesserung der Wohnverhältnisse einschließlich der Infrastruktur haben in der Legalisierung der Stadtviertel ihren Ausgangspunkt. Wenn dies Hand in Hand mit dem Bau von Neubauten geschehen würde, könnte die illegale Ansiedlung an den Stadträndern gebremst werden.

### *Strategien*

Die langwierigen und umständlichen Formalien, um Unterstützung zu erlangen, wirken sich für Frauen besonders erschwerend aus. Angesichts der zahllosen, ständig wechselnden Formalitäten und Formulare geben Frauen, selbst wenn sie von Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, oft nach vielen Anläufen dann doch auf. Sowohl diese Anforderungen und Garantien zum Erhalt von Krediten zu erfüllen, als auch die Angabe zusätzlicher Bürgen ist ihnen nahezu unmöglich. Die Formulare zur Darstellung von Projekten sind kompliziert und schwer verständlich. Die geringe Beteiligung von informierten und qualifizierten Frauen bei Einrichtungen und Behörden, die Mittel anbieten und verteilen, verhindern den Zugriff auf Finanzierungsmöglichkeiten.

### *Leitlinien für eine Umorientierung bei der Kreditvergabe und der Unterstützung aus geschlechtsspezifischer Sicht*

Vom Blickpunkt der Frauen aus erfordert das bisher Erläuterte ein Umdenken beim Wohnungsbau unter verschiedenen Aspekten:

Die finanziellen Mittel zur Unterstützung sollten als Maßnahme zur sozialen Gleichstellung angesehen, jedoch zielgerichteter eingesetzt werden, um die Mittel dort zu konzentrieren, wo die niedrigsten Einkommen verdient werden. Ergänzend sollten flexiblere Formen der Kreditvergabe entworfen werden, die speziell Frauen den Zugang ermöglichen, insbesondere denen des informellen Sektors.

In der Praxis greifen die Leute beim Hausbau in armen Stadtvierteln auf informelle Kredite zurück, machen Schulden bei Nachbarn und Wucherern. Im besten Fall sind es Genossenschaftskredite mit zwei oder drei Jahren Laufzeit, was die Gefahr möglicher Verschuldung verringert. Im Rahmen dieser Möglichkeiten haben Frauen mehr Vertrauen und ziehen daher solche Kredite vor, wenngleich diese wegen der kurzen Laufzeit höhere monatliche Raten abverlangen. Die Frauen gehen angesichts der beruflichen Unsicherheit dennoch ein geringeres Risiko ein, ihr Haus wieder zu verlieren.



Das bisher Gesagte zeigt die Notwendigkeit, die Finanzierungsmöglichkeiten mit anderer Ausrichtung als im Finanzmarkt zu erweitern. Sie sollten sich mehr nach den Erfordernissen und Möglichkeiten der Bevölkerungsgruppe mit niedrigerem Einkommen aus dem informellen Sektor orientieren. Dem sollten sich Fonds aus staatlichen und kommunalen Mitteln zugesellen, die in Zusammenarbeit mit auf Bauhilfe spezialisierte Nichtregierungsorganisationen zugeteilt werden, um Kredite und Garantiefonds als Rückhalt bei Bankkrediten zu erhalten.

Nach einer Studie über Kredite an Kleinunternehmen mit hoher weiblicher Beteiligung, die auch für Finanzierungsmöglichkeiten im Bausektor für Bevölkerungsschichten mit geringem Einkommen zutrifft, sollten Kredite nicht subventioniert werden, wohl aber tilgbar sein, und an Garantien geknüpft sein, die den Möglichkeiten der Kreditnehmer entsprechen und mit angemessenen Formalitäten und persönlichem Umgang erwirkt werden können.

Auch wenn die Möglichkeit, Ersparnisse anzulegen bei dieser Bevölkerungsgruppe gering ist, zeigen praktische Erfahrungen bei der Verwirklichung von Bauvorhaben, wie sehr die Frauen bemüht sind, Geld zu sparen, um eine Wohnung zu erwerben, und die Absprachen einzuhalten, die bei der Kreditvergabe vereinbart wurden. Sie wollen die Wohnung unter keinen Umständen wieder verlieren. Ihr Gelderwerb dient nur dem Zweck des Erlangens finanzieller und existenzieller Sicherheit. Organisationen wie AVP<sup>1</sup> und andere in ganz Lateinamerika stellten eine positive Einschätzung zu Ersparnissen fest. Das Ansparen von Einkünften zum Erwerb einer Wohnung wird auch mit unkonventionellen Mitteln versucht, wie Basaren, Tombolas, Verkauf von selbst gekochten Speisen und durch Teilnahme der Frauen am Wohnungsbau selbst.

In der Untersuchung eines Wohnungsbauprogramms für Familien in Bogotá mit 1,5 fachen Mindesteinkommen durch die „Fundación Habitat Columbia“ konnte festgestellt werden, dass erwerbstätige Frauen durchschnittlich 95,21% ihrer Einkünfte für die Familie aufbringen, Männer hingegen nur durchschnittlich 37,55%.

Es ist wichtig, Lösungen zu entwickeln, um die verschiedenen Mängel im Wohnbereich zu beheben. Es sollte die Wohnqualität der unmittelbaren Umgebung verbessert werden. Dabei müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Frauen bei der Bewältigung ihrer täglichen Aufgaben beachtet werden, ohne die Bindungen der Solidarität und das Netz der gegenseitigen Hilfe zu zerstören.

<sup>1</sup> Asociación Vivienda Popular –Assoziation zur Erlangung von Wohneigentum für Menschen mit niedrigem Einkommen

Die Politik zur Förderung des Wohnungsbaus für die ärmsten Schichten kann man nicht von der gleichzeitigen Verantwortung für Arbeitsförderung und Hebung des Einkommens, die vom Grundsatz der Gleichheit von Gehältern für Mann und Frau bestimmt werden, trennen. Hier sollten staatliche Gelder für die Bereitstellung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung und Produktionsstätten in Stadtvierteln und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

#### *Bestärkung der Frauen bei ihrer Beteiligung in den Stadtvierteln*

Wie schon festgestellt, waren die Armen in der gesamten sogenannten „Dritten Welt“ die wichtigsten Akteure in den Städten. Die Missstände bei Wohnungen und Infrastruktur haben die Menschen dieser Bevölkerungsgruppe, vor allem jedoch die Frauen mit eigener Anstrengung und eigenen Mitteln gelöst. Diese Fähigkeiten müssen erkannt und anerkannt werden. Hier zeigt sich ohne Zweifel eine Kraft, mit der man rechnen kann. Mit ihr kann gearbeitet werden, wenn die nötigen Faktoren beigesteuert werden: Grundstücke mit Anbindung an das Verkehrsnetz, technische Unterstützung, finanzielle Zuwendung und Kredite. In einem Zusammenschluss aller Kräfte sollten gemeinsame Lösungen gefunden werden, die nicht nur auf den täglichen Anstrengungen der Männer und Frauen beruhen, sondern auch Folge des Zusammenwirkens von Mitteln des Staates, dem privaten Sektor, der Nichtregierungsorganisationen und der Bevölkerung sind.

Wird die Rolle der Frauen bei allen Entscheidungen in den Stadtvierteln bedacht und welche Bedeutung eine Wohnung für sie hat, so ist es wichtig, dass sie zur Achse der Planung und Zielgruppe der Wohnungsbaupolitik werden. Die Wohnung ist ein fundamentales Gut für die Sicherheit, den Schutz und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Dabei müssen individuelle Autonomie und Grundsätze des Privateigentums respektiert werden. Entscheidungen sollten somit auch mit den Kindern als den Schutzlosesten der Gesellschaft getroffen werden. Die vielen Aufgaben, die Frauen in der Produktion und der Reproduktion erfüllen, geben ihnen einen erweiterten Blick für sozio-ökonomische Fragen und die Fähigkeit, Lösungen für Bedürfnisse zu finden, deren Ziel der Erhalt des Lebens ist. Ihre Teilnahme und ihr Beitrag sind grundlegend für alle Schritte der Planung und der Entscheidungsfindung in Städten und Gemeinden. Ziel ist es, umfassende Lösungen zur Erhaltung des Lebens in Gleichheit zu finden.

Übersetzung: Annita Reim